

"Dieses Land wird vom Westen dominiert"

Gibt es eine Hegemonie der alten Bundesländer? Ja, sagen Intellektuelle, Wissenschaftler und Unternehmer. Und warnen vor den dramatischen Folgen.

Von Stefan Braun, Berlin

Manche finden es nicht schlimm; andere lesen es als gefährliches Signal: Im Kabinett der neuen großen Koalition wird es, so sie zustande kommt, aller Voraussicht nach niemanden mit migrantischen Wurzeln und allenfalls eine Ministerin aus Ostdeutschland geben. Die Kanzlerin ficht das nicht an; andere kritisieren die fehlende Repräsentanz - und warnen vor Konflikten.

Die SZ hat mit fünf Intellektuellen, Politikern, Unternehmensführern gesprochen, vier von ihnen haben ihre Wurzeln im Osten. Und alle beklagen eine westdeutsche Hegemonie, die bei Ostdeutschen und unter Migranten immer mehr Abwehrreflexe auslösen.

Parteien, Hochschulen, Theater, aber auch Dax-Konzerne - einhellig verweisen sie auf unterschiedliche Bereiche, in denen eine Dominanz des westdeutschen Denkens und Erinnerns ein Zusammenwachsen der Gesellschaft verhindert. Die fünf sind nicht gleich im Temperament, im Zorn und in der Perspektive. Aber ihre Botschaft ist die Gleiche: Es muss sich dringend was ändern.

Thomas Oberender, Intendant der Berliner Festspiele

"Sächsisch zu sprechen ist zu einer Art Stigma geworden", sagt der in Jena geborene Schriftsteller. Sächsisch werde als "verspätet, zurückgeblieben, anmaßend, unfroh, frustriert, grob, fordernd oder aggressiv" wahrgenommen. Den 51-Jährigen ärgert die Stigmatisierung - und die Tatsache, dass diese über die Jahre nicht schwächer, sondern stärker wurde. "Der ulkige, in jüngster Zeit demokratiebedrohend wirkende Sachse ist die grotesk überhöhte Stellvertreterfigur all der Neubürger aus dem Osten."

Oberender studierte in der Wendezeit an der Berliner Humboldt-Universität, arbeitet heute als Dramaturg und leitet seit 2012 die Berliner Festspiele. Für ihn ist die Mauer in den Köpfen bis heute nicht wirklich gefallen. Ihn beschwert eine westdeutsche Hegemonie im Denken; er beklagt, dass die Sprache, die Geschichte und die Errungenschaften der Ostdeutschen heute westdeutsch überlagert und verfälscht würden. Das fange bei der Sprache an und ende noch lange nicht bei der Besetzung von Führungspositionen.

Oberender geht es um das Gift des Klischees, das verzerrt und wehtut - und als billige Begründung für alles Schwierige herhalten muss. Sein Beispiel: der Umgang mit der AfD. Knapp sechs Millionen hätten die Partei bei der Bundestagswahl gewählt, davon stamme ein Viertel aus dem Osten. Trotzdem werde die AfD zum ostdeutschen Problem gemacht. "Die führenden AfD-Politiker Alexander Gauland, Björn Höcke, auch Jens Maier kommen alle aus dem Westen." Indem auch viele Medien das ignorierten, drücke sich der Westen vor einem unangenehmen Blick in den Spiegel.

Noch gravierender findet Oberender den Umgang mit der ostdeutschen Geschichte. "Wir hatten im Osten, so denkt man im Westen, kein achtundsechzig. Na und? Wir hatten jeden Tag Gewissensentscheidungen zu fällen." Immer wieder hätten ihm Westler gesagt, die im Osten hätten Demokratie halt nicht gelernt. Aber stimme das wirklich? "Hat die DDR-Bürgerbewegung nicht einen ganzen Staat erschüttert, beseitigt und zur Geburt neuer Parteien, freien Wahlen und dem Entwurf einer Verfassung geführt?"

Im Westen habe man nur gedacht, die "armen, eingesperrten Verwandten" hätten es halt genauso gut haben wollen wie die im Westen. Darüber sei verlorengegangen, dass die Ostdeutschen Gutes und Wichtiges ins neue Deutschland eingebracht hätten. Zuallererst den Kampf der Bürgerrechtsbewegung für Demokratie und Freiheit.

"Wir werden es nie schaffen, dass man im Westen auf die Ostdeutschen und ihre Revolution stolz ist. Aber es würde auch völlig reichen, wenn die Ostler selbst darauf stolz sein könnten." Stolz auf "ihr nützliches Erbe", das bis heute kein "Testament" bekommen habe. Das nämlich hätte bedeutet, die Konzepte der ostdeutschen Bürgerbewegung in eine neue Verfassung aufzunehmen.

Der 51-Jährige kann und will sich über seine eigene Karriere nicht beklagen. Aber er ist frustriert bis zornig beim Blick auf die Führungspositionen im Osten. "Die Eliten der neuen Bundesländer sind in eklatanter Weise westdeutsch dominiert", so Oberender. Nur fünf Prozent der Spitzenpositionen in der öffentlichen Verwaltung seien von Ostdeutschen besetzt, nur dreizehn Prozent der Richter in Ostdeutschland seien von dort. Und nur drei von 22 Hochschulrektoren seien in Ostdeutschland geboren. Die Folge dieser Entwicklung, aus Sicht von Oberender: "Es ist noch immer spürbar, dass unsere Sprache und unsere Auffassung von der eigenen Geschichte von der westdeutschen Lesart dominiert, verfälscht und um ihre kreativen und inspirierenden Einflüsse gebracht wurden." Seine Schlussfolgerung: Auch wenn die ersten Westler als "Transformationshelfer" gekommen seien, gehe es jetzt darum, die von ihnen mitgebrachten "Netzwerke und Strukturen" zu transformieren. Anders ausgedrückt: Die westdeutsche Dominanz müsse endlich beendet werden.

Petra Köpping, sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration: "Gehör finden"

"Es gibt Menschen, die das Gefühl haben, dass sie nicht mehr stattfinden. Nicht mehr Gehör finden. Dass sie vielen egal sind." Die 59-jährige Köpping schaut auf die Welt nicht als Intellektuelle; sie kümmert sich um die sogenannten einfachen Leute. Vor allem die im Osten. Ihre Beschreibung der Lage ist gleichwohl nicht weniger eindeutig. "Ja, die Politik wird vom Westen dominiert. Und das ist ein großes Problem."

Köpping wurde 1958 in Nordhausen geboren, erlebte die Wendezeit als Bürgermeisterin einer kleinen Gemeinde, arbeitete anschließend für die Deutsche Angestellten-Krankenkasse, wurde Landrätin und wechselte 2009 für die SPD in den Sächsischen Landtag.

Die Staatsministerin nimmt kein Blatt vor den Mund. Sie verweist auf fest gefügte Ausgrenzungsmechanismen in der Gesellschaft. Und sie zeigt sich demonstrativ froh darüber, dass das Problem endlich ins Bewusstsein dringe. Ausgrenzung habe es immer gegeben. Aber heute würden sich die Betroffenen äußern; sie würden sich endlich trauen, sie hätten durch Pegida und AfD einen Raum und ein Forum dafür bekommen. "Es ist gut, dass dieses Problem jetzt offen vor uns liegt."

Köpping ist darüber bekannt geworden, dass sich bei ihr viele ostdeutsche Männer gemeldet haben mit der Forderung, bevor man Flüchtlinge integriere, solle man erst mal sie integrieren. Was wie eine Provokation klang, erlebte Köpping als Hilferuf. Deshalb zitiert sie dieses Beispiel oft, um wachzurütteln und den Blick auch auf die Lage dieser Leute lenken.

Dabei beschränkt sie ihren Blick keineswegs auf Ost oder West. "Das Problem geht darüber hinaus, siehe Spätaussiedler, siehe arme Regionen und Stadtteile in Westdeutschland. "Es gibt Menschen, die das Gefühl haben, dass sie vielen Menschen egal sind." Das treffe auf Ostdeutsche zu, aber auch auf Migranten. Diese würden "ganz ähnliche Muster der Nichtanerkennung, der Abschätzung, der Benachteiligung erleben".

Fragt man sie nach Beispielen für diese Art der Geringschätzung, dann verweist sie nicht nur auf Renten und Löhne. Sie erzählt von den Eisenbahnern und Bergleuten im Osten. Die Eisenbahner hätten bei der Wiedervereinigung das gleiche geleistet und eingebracht wie die Westkollegen. Trotzdem erhielten sie nicht ihren Betriebsrentenanteil, und das, obwohl man es ihnen zugesagt hätte.

Ähnlich sei die Lage bei denen, die früher in bergbauverarbeitenden Betrieben gearbeitet hätten. Laut Sozialversicherung seien sie Bergleute gewesen; trotzdem habe die Knappschaft die Anerkennung von jetzt auf nachher gestrichen.

Die Folge für die Betroffenen: 400 Euro Rente weniger, und zwar jeden Monat. "Das erleben die Menschen als Betrug", sagt Köpping.

Ihr Wunsch ist klar: "Politik muss das ändern, muss es heilen." Dazu gehöre auch, dass die westdeutsche Dominanz ende. Parteien und Regierungen müssten "ein Signal setzen, indem sie Ostdeutsche und Migranten in wichtige Positionen aufnehmen".

Holger Beeck, Vorstandsvorsitzender von McDonald's Deutschland: "Unendliche Narben"

"Wenn ein großes westdeutsches Unternehmen im Osten ein Werk schließt, obwohl dieses anscheinend Gewinn abwirft, obwohl die Leute gut ausgebildet sind, obwohl die Leute willens sind, hart zu arbeiten, dann schlägt das unendliche Narben." Sagt Holger Beeck und erinnert an einen krassen Fall unternehmerischer Entscheidung, der erst kürzlich in Ostdeutschland tiefe Spuren hinterlassen hat.

Der 58-jährige Beeck ist weniger streng, aber genauso sensibel beim Blick auf die gefährliche Schiefelage. Seine Kritik an der West-Dominanz formuliert er aus der Sicht eines Unternehmens - und verweist darauf, dass man sich selber schwächt, wenn man nicht alle Blickwinkel durchleuchtet.

Beeck ist in Halle an der Saale geboren; er spricht bis heute deutlich erkennbar Dialekt. Und weil ihm das früher quasi in jedem ersten Gespräch mit anderen vorgehalten wurde, hat er sich irgendwann entschieden, nicht bei einem deutschen, sondern einem amerikanischen Unternehmen anzuheuern. Hier fragte ihn niemand, wo er herkommt. Das Ergebnis: Er konnte vom Trainee zum Vorstandsvorsitzenden aufsteigen.

Ausgrenzung und Dominanz des Westdeutschen - auch Beeck registriert das bis heute. Er warnt eher nüchtern und rational vor den Folgen statt zornig nach Änderungen zu rufen. Wenn man wichtige Gruppen einer Gesellschaft nicht höre, weil sie gar nicht am Tisch sitzen würden, so Beeck, dann könne man "schwerlich in der Sache das Beste entscheiden".

Der Manager meint das ganz grundsätzlich und mahnt auch die Politik, nicht bestimmte Gruppen auszugrenzen. Gerade Politikern sollte das nicht passieren, so Beeck. "Eine ausgewogene Besetzung führt fast immer zu einem besseren Ergebnis." Wenn man für eine Gruppe etwas erreichen wolle, müsse diese auch beteiligt werden. Sonst handele man mit großer Wahrscheinlichkeit an ihr vorbei. "Für ein Unternehmen ist das einfach schlecht fürs Geschäft."

Beeck hat sich selbst hochgearbeitet, er ist stolz darauf und er plädiert keineswegs für Quoten. Aber er realisiert, an welchen Stellen sich Schwächen durch mangelnde Repräsentation zeigen. Zum Beispiel bei der Besetzung der Vorstände in den 30 Dax-Konzernen. Genau ein Vorsitzender sei im Osten geboren; auch insgesamt seien es viel zu wenige Ostdeutsche. Ein kleines, feines, plastisches Beispiel.

Der Hallenser wünscht sich, dass die strukturellen und geistigen Barrieren endlich überwunden würden. Und er hofft darauf, dass viele Medien ihr aus seiner Sicht lange einseitig gepflegtes Bild "des vermeintlich einfältigen, rechtsradikalen Ossi" aufgeben. "Das hat Spuren hinterlassen - auf beiden Seiten."

Naika Foroutan, Vize-Direktorin des Berliner Instituts für Integrationsforschung: "Radikale Quotierung"

"Die Zeit für eine radikale Quotierung ist gekommen. Das gilt für Ostdeutsche, für Migranten, für Frauen und andere unterrepräsentierte Gruppen." Die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan ist die schärfste Kritikerin der aus ihrer Sicht westdeutschen, weißen und männlichen Dominanz. Und sie schaut wie Petra Köpping auf Ostdeutsche wie auf Migranten.

Foroutan hat einen deutschen Pass und iranische Wurzeln; geboren wurde sie im rheinland-pfälzischen Boppard. Seit Jahren lehrt sie an der Berliner Humboldt-Uni und untersucht die Folgen von Ausgrenzung, Integration und Desintegration. Früher mit Blick auf die Muslime, heute vor allem mit Blick auf die Menschen in Ostdeutschland. Ihre Erkenntnis: Es gibt verblüffende Analogien.

"Über Jahrzehnte ist an Muslime, aber auch an Ostdeutsche die Botschaft gesendet worden: Ihr seid Bürger beziehungsweise Deutsche zweiter Klasse", sagt Foroutan. Dies könne unterschiedliche Reaktionen auslösen; sie reichen "von Apathie, Rückzug, Trauer, Depression bis Aggression, Radikalisierung, Extremismus". Manchmal gehöre der Wunsch dazu, unsichtbar zu werden; manchmal das Bedürfnis, es allen zu zeigen. Und das könne man bei Muslimen genauso beobachten wie bei Ostdeutschen. Gleiches gelte für die Stereotype, die beide so verletztten. "Die einen werden als Jammer-Ossi beschimpft; und bei den Muslimen heißt es, sie stilisierten sich immer als Opfer."

Foroutan ist deshalb überzeugt, dass Quoten unverzichtbar geworden sind. Im Parlament, in den Parteien, an den Spitzen der Universitäten. "Es wird nicht mehr lange gut gehen, wenn ostdeutsche Unis fast nur mit westdeutschen Präsidenten besetzt werden." Es werde nicht mehr lange gut gehen, wenn im Parlament nur 30 Prozent Frauen seien oder gar nur acht Prozent Migranten, obwohl sie in der Gesellschaft schon mehr als 20 Prozent ausmachen. "Das entspricht nicht mehr dem Abbild und nicht mehr den Bedürfnissen dieser Gesellschaft."

Um Konflikte und sozialen Unfrieden zu verhindern, plädiert Foroutan noch für etwas Zweites. Sie will, dass man das Wort Integration umfassender interpretiert, nicht mehr nur auf die Migranten anwendet. Ginge es nach ihr, dann müsste man alle integrieren, die nicht wirklich integriert seien. Sozial Schwache in den Großstadtvierteln; Menschen auf dem Land, die sich abgehängt fühlen, und Zuwanderer, die Hilfe brauchen. Ihr Ziel: eine "postmigrantische Gesellschaft."

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung: "Hegemoniale Strukturen"

"Wir haben es mit hegemonialen Strukturen zu tun, die sich bewusst oder unbewusst reproduzieren." Sagt Thomas Krüger, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Wie die anderen beklagt er Praktiken der Ausgrenzung und sieht sie vor allem da, wo es um Repräsentanz und Macht geht. Bis heute würden Minderheiten das zu spüren bekommen, Menschen mit ostdeutscher Herkunft genauso wie Migranten. "Unterrepräsentanz führt zu Unzufriedenheit, die sich auf Dauer in der Mentalität niederschlägt." Das habe Verzicht und Rückzug zur Folge - oder Wut, die dazu führe, dass man Ausgrenzung und Abwehr an noch schwächere Gruppen weitergebe.

Krüger weiß, dass er selbst viel Glück hatte, hat aber um sich herum viele Menschen erlebt, "die es verdient hätten, repräsentiert zu sein, eine Stimme zu haben und erfolgreicher zu sein". Von einer "gläsernen Decke" spricht der 58-jährige, die "seit langem einen schweren Verlust produziert". Krüger machte in der DDR eine Fachausbildung für Plast- und Elastverarbeitung, studierte evangelische Theologie und gründete in der Wendezeit die Ost-SPD mit, die damals SDP hieß. Im Jahr 2000 wurde er Präsident der Bundeszentrale.

Als solcher lässt er keinen Zweifel daran, dass sich Politik, dass sich Politiker und Parteien im Kampf gegen Ausgrenzungen bewegen müssen. "Die Politik sägt sich sonst den Ast ab, auf dem sie sitzt." Was für ihn heißt: Bei einer Gesellschaft, in der künftig die Hälfte der Erstwähler Migrationshintergrund haben, können die Parteien nicht so westlich und weiß bleiben, sofern sie nicht aussterben wollen.

Besonders hart gilt das aus Sicht Krügers für die Kunstszene. Ausgerechnet. "Bei genauerem Hinsehen sind die Unterrepräsentanzen von Ostdeutschen und von Migranten hier noch viel gravierender. Weißer, männlicher, westdeutscher, älter." Das künstlerisch-intellektuelle Milieu täusche ob seiner Weltoffenheit leicht darüber hinweg, "dass auch hier klassische Machtstrukturen präsent bleiben". Aus diesem Grund, so Krüger, könnte ausgerechnet der Bildungs- und Kultursektor seine Funktion als Vorreiter einer Modernisierung der Gesellschaft einbüßen. Ein hartes Urteil.